

Thomas Billstein

Kein Vergessen

Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945

UNRAST

Vorwort

In Deutschland werden gerne Listen geführt, Statistiken ausgewertet und Publikationen geschrieben. Auch eine Gedenkkultur ist im öffentlichen Raum durchaus präsent, denken wir beispielsweise an die zahlreichen Veranstaltungen zum Gedenken an die Verstorbenen der Weltkriege oder Opfer an der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Anders bei Todesopfern rechtsmotivierter Gewalt. Öffentliche Trauerkundgebungen oder gar Gedenken durch staatliche Einrichtungen oder Institutionen finden kaum statt. Schlimmer noch: viele Opfer werden gar nicht oder erst nach Jahren als Opfer rechter Gewalt anerkannt. Offizielle Statistiken zu Tathergängen, Tatmotiven und Tatorten gibt die Bundesregierung nur in unregelmäßigen Abständen heraus und oftmals nur nach expliziter Nachfrage durch einzelne Bundestagsabgeordnete. Hinzu kommt eine starke Ungenauigkeit in der Datenerhebung. Manche Todesfälle werden erst nach Jahren in die Statistik aufgenommen, andere verschwinden plötzlich wieder in der Aufstellung. In den staatlichen Statistiken werden viele Fälle nicht berücksichtigt, die von Forscher*innen und Opferverbänden eindeutig als Opfer rechter Gewalt kategorisiert werden. Die Zahlen der Bundesregierung sind daher bestenfalls als lückenhaft zu bezeichnen.

Bei genauerer Betrachtung festigt sich der Eindruck, dass rechte Gewalt auch heute noch verschwiegen werden soll. Das Land, das für den faschistischen Terror und den Holocaust Verantwortung trägt, bekundet nur allzu oft, aus dem grausamen Kapitel der Geschichte gelernt zu haben. Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus – viele möchten diese und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in die Geschichtsbücher verbannen und erkennen nicht an, dass dies auch heute noch Tatmotive sind, die immer wieder Todesopfer fordern. Bevorzugt wird bei rassistischen Übergriffen und Attentaten in der jüngeren Geschichte vom verwirrten und fehlgeleiteten Einzeltäter gesprochen.

Die lange Liste der Todesopfer in diesem Buch ist im Verhältnis zur tagtäglichen rechten Gewalt in der deutschen Gesellschaft nur die Spitze des Eisbergs. Im Durchschnitt gab es in den letzten Jahren kontinuierlich über 20.000 rechtsmotivierte Straftaten pro Jahr¹ und dies betrifft, wie bei Kriminalitätsstatistiken üblich, nur die polizeilich gemeldeten und erfassten Fälle. In den Jahren 2018/2019 wurden neben anderen rechten Gewalttaten fast täglich Anschläge von Rechtsextremen auf Unterkünfte für Geflüchtete verzeichnet.

Etwa seit dem Jahr 2015 ist in Deutschland ein Rechtsruck und eine breite Enttabuisierung von rechten bis faschistischen Positionen zu erkennen. Nazis sitzen mittlerweile nicht nur in fast allen Kommunal- und Landesparlamenten, sondern auch mit einem zweistelligen Ergeb-

¹ Bundesministerium des Inneren: Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2018, Bundesweite Fallzahlen, Stand Mai 2019, S. 2.

nis im Bundestag, Hetzparolen, die früher fast ausschließlich von extremen Kleinparteien wie NPD und DVU kamen, finden sich zunehmend im öffentlichen Raum wieder. Rassistische Gruppen mobilisieren zu Aufmärschen problemlos mehrere tausend Menschen, vollführen Schulterschlüsse über ideologische und parteipolitische Grenzen hinweg. Und während zur besten Sendezeit in zahlreichen Talkshows der rechte Flügel der AfD ungehindert zu Wort kommen kann, wird selbst in linksliberalen Wochenzeitungen debattiert, ob weiterhin Menschen vor dem Ertrinken gerettet werden sollen, oder ob »man es lassen soll«.²

Angesichts des stärker werdenden rechten Klimas im Land, verwundert es fast, dass es in den letzten Jahren keine neuen Höchstwerte an Todesopfern rechter Gewalt gegeben hat. Hier sind die frühen 1990er-Jahre weiterhin trauriger Spitzenreiter in der Statistik. Diese Zeit war geprägt von Pogromen, dem Straßenterror rechter Gruppen sowie fast unzähliger Brandanschläge auf Einrichtungen von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte. Mölln und Solingen, aber auch Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen wurden zu Tiefpunkten in der jüngeren deutschen Geschichte und werden auch vielen jüngeren Menschen ein Begriff sein. Dennoch hat sich die Anzahl der Todesopfer in den letzten fünf Jahren verdreifacht, wenn sie mit den fünf Jahren davor verglichen wird. Dies liegt vor allem an den beiden rassistisch motivierten Mehrfachmorden von 2016 in München und 2020 in Hanau.

Todesopfer rechter Gewalt werden von staatlicher Seite oft nicht als solche anerkannt und so wird ihnen als solchen auch selten gedacht. In der Regel sind es lokale, meist ehrenamtliche und antifaschistische Initiativen, die Gedenkveranstaltungen durchführen und über Biografien der Opfer, Tathergänge und rechte Strukturen vor Ort und aufklären. Dass diese Daten detaillierter vorliegen, ist neben lokalen Opferverbänden und Beratungsstellen meist einigen wenigen Journalist*innen zu verdanken, die sich des Themas angenommen und über einen langen Zeitraum recherchiert haben.

Als mir vor einigen Jahren aufgefallen ist, wie wenig über Opfer rechtsmotivierter Gewalt bekannt ist und wie geringfügig ihnen gedacht wird, habe ich einen virtuellen Gedenkkalender als Social Media Projekt bei Twitter und Facebook gestartet. Erfreulicherweise war das Interesse recht groß und es dauerte nicht allzu lange, bis zehntausend Abonnent*innen den Kanälen gefolgt sind. Immer wieder stellte sich heraus, dass viele Menschen von den Schicksalen der Getöteten nichts gehört hatten und das vor allem die hohe Anzahl der Todesopfer sie sehr überraschte. Letztlich tritt durch die Taten auch die mörderische Konsequenz eines rechten Weltbildes zu Tage, das auf Ausgrenzung, Hass und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit basiert.

So fasste ich den Entschluss, die Dokumentation der vielen Todesopfer rechter Gewalt auch in gedruckter Form zugänglich zu machen. Als Mahnung über das Geschehene, aber auch im Sinne der Erinnerung und Ehrung für die einzelnen Menschen, die ihr Leben so sinnlos verloren haben.

Für den Hauptteil des Buches, der aus den einzelnen Opferbiografien und Tathergängen besteht, habe ich die jeweiligen aufgeführten Quellen von Journalist*innen, Lokalzeitungen, Opferverbänden und antifaschistischen Gruppen genutzt. Zudem habe ich bei einigen Fällen Angehörige und Zeug*innen kontaktiert, was sich allerdings oftmals angesichts der zurücklie-

2 Lobenstein, Coterina / Lau, Mariam: Seenotrettung – Oder soll man es lassen? In: Die Zeit, Nr. 29/2018, S. 1.

genden Zeit als schwieriges Unterfangen herausstellte. Sollte es Angehörige oder Freunde von Opfern geben, die Biografien und Tatbeschreibungen ergänzen möchten, würde ich mich über eine Kontaktaufnahme freuen. Die Informationen können dann in einer eventuellen nächsten Auflage berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere auch die Bild-Illustrationen, die von *moteus* angefertigt wurden. Leider ist es bei Weitem nicht gelungen, ein Foto von jedem Opfer ausfindig zu machen.

Die größte Hoffnung für zukünftige Auflagen des Buches ist schnell formuliert und dennoch schwer zu erreichen: Auf dass nie wieder weitere Todesopfer rechter Gewalt hinzugefügt werden müssen.

Thomas Billstein

Todesopfer rechter Gewalt – Eine in vielerlei Hinsicht schwierige Definition

Beginnt man mit der Recherche zu den Opferzahlen rechter Gewalt, fallen sogleich unterschiedliche Zählweisen und Datenlagen auf. Die offiziellen Zahlen, die die Bundesregierung letztmalig im Juni 2018 auf Anfrage der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau mitteilte, sind auf einem erstaunlich niedrigen Stand. Damals wurden 76 Tötungsdelikte mit 83 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 aufgeführt.³ Auffällig ist bei dieser behördlichen Erfassung ein recht hoher Korrekturfaktor. So wurden auf der Liste acht neue Opferfälle ergänzt, welche nicht auf der vorherigen, im Jahr 2015 ausgegebenen Liste, mit aufgeführt waren, obwohl diese Gewaltverbrechen bereits viele Jahre zurücklagen und eine rechte Tatmotivation bekannt war. Andere Fälle, wie beispielsweise ein namentlich unbekannter Obdachloser, der 1993 in Marl nach massiver Gewalteinwirkung verstarb, wurde in früheren Statistiken der Bundesregierung als Opfer genannt, verschwand zwischenzeitlich aus den Aufzählungen und wurde plötzlich, nach etlichen Jahren, wieder aufgeführt.⁴ Auf Nachfrage teilte mir der Pressesprecher des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat im Mai 2020 mit, dass seit 1990 nun 106 Todesopfer rechter Gewalt von offizieller Seite gezählt werden. Noch vor dem Terroranschlag von Hanau hatte das bayrische Landeskriminalamt, die 2016 in München durch einen rassistisch motivierten Amoklauf Ermordeten, nachträglich als Straftat der PMK-rechts⁵ eingestuft. Außer der Mutter des Täters, wurden zudem alle Ermordeten des rassistischen Anschlags von Hanau, als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.

Demgegenüber haben antifaschistische Initiativen und Opferberatungsstellen eigene Aufstellungen veröffentlicht. Stellvertretend sei hier die Amadeu Antonio Stiftung genannt. Sie wurde 1998 gegründet und arbeitet mit rund 30 Mitarbeiter*innen zu den Themenschwerpunkten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Stiftung, die auch vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, zählt 208 Fälle von Todesopfern rechter Gewalt seit 1990⁶ und dreizehn Verdachtsfälle. Das sind gegenüber der Zählung der Bundesregierung mehr als doppelt so viele Personen. Zu einem sehr ähnlichen Ergebnis kommen unabhängige Journalist*innen die für eine umfangreiche Recherche der

3 Jansen, Frank: Mehr Tote durch rechte Gewalt seit 1990 als bekannt. <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundesregierung-korrigiert-zahlen-mehr-tote-durch-rechte-gewalt-seit-1990-als-bekannt/22700008.html> (26.02.2020).

4 Zeit online: 169 Schicksale. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet> (26.02.2020).

5 Politisch motivierte Kriminalität. Ein Definitionssystem zur statistischen Erfassung politischer Straftaten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

6 Amadeu Antonio Stiftung: Todesopfer rechter Gewalt. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> (12.08.2020).

Medien Tagesspiegel und Zeit online diverse Daten überprüft haben. Sie veröffentlichten im September 2018 ihre Ergebnisse und kamen auf 169 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 und zählten zusätzlich 61 Verdachtsfälle, bei denen es zumindest deutliche Indizien für ein rechtes Motiv der Tat gibt.

Allerdings ist bei allen erwähnten Zählvarianten zu berücksichtigen, dass Todesopfer erst seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, in die Statistiken einfließen. Dies liegt nicht nur am sprunghaften Anstieg rechter Gewalt seit der Wende, sondern auch daran, dass die Bundesregierung selbst erst seit 1990 die entsprechenden Daten erhebt. Dieses Vorgehen ist aber irritierend und verschleiert, dass auch in den Jahrzehnten zuvor, sowohl in der BRD als auch in der DDR, rechte Gewalt stattfand und zu Dutzenden Todesopfern führte, welche somit in keiner der oben erwähnten Statistiken erscheinen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Erfassungspraxis von Todesopfern rechter Gewalt durch staatliche Stellen als zurückhaltend und fehlerbehaftet bezeichnet werden kann, auch wenn die Innenministerkonferenz im Jahr 2001 ein neues Erfassungssystem auf den Weg brachte⁷, um präzisere Daten bei politisch motivierten Straftaten zu erhalten.

Doch wie kommt es dazu, dass nach offizieller, staatlicher Lesart wesentlich weniger Todesfälle erfasst werden? Zunächst spielt hier die zeitliche Komponente eine Rolle. Viele Todesfälle stammen aus den 1990er-Jahren, damals gab es noch ein veraltetes Erfassungssystem für rechte Gewalttaten, welches erst 2001 abgelöst wurde. Dementsprechend wurden in diesem Zeitraum nur besonders prägnante und bekannte Fälle in die Listen der Bundesregierung übertragen.

Aber auch im aktuellen Meldesystem gibt es deutliche Schwachstellen. Durch den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPM-D-PMK) werden einerseits klassische Staatsschutzdelikte, wie beispielsweise Schmierereien mit verfassungsfeindlichen Parolen erfasst, aber auch allgemeine Straftaten, bei der die Umstände der Tat Anhaltspunkte für eine rechtsextreme Motivation bieten oder es Hinweise auf ein politisches Motiv der tatverdächtigen Person gibt. Diese Punkte sollen dann im Regelfall durch die vor Ort ermittelnden Polizeibeamt*innen erkannt und in das Meldesystem PMK eingetragen werden.

Im Gegensatz zur klassischen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die sozusagen als Ausgangsstatistik geführt wird, ist die PMK-Statistik eine Eingangsstatistik. Das bedeutet, dass die statistische Erfassung der Tat unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden bei der Polizei erfolgen soll. In dieser anfänglichen Stufe ist eine rechte Tatmotivation allerdings oftmals noch nicht zweifelsfrei ersichtlich. Eine später erfolgende Erkenntnis kann im PMK-System zwar innerhalb eines Jahres nachgetragen werden, davon wird allerdings nur selten Gebrauch gemacht, das birgt die Gefahr, dass Straftaten mit rechtem Hintergrund nicht korrekt erfasst werden. Die Richtlinien für die Anwendung des PMK-Systems und auch die Definitionen für politisch motivierte Straftaten sowie die Kriterien für die Anwendung dieser Definitionen und Richtlinien bei der Untersuchung dieser Delikte unterliegen der Geheimhaltung und sind somit der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Auch Opferberatungsstellen und antirassistische Initiativen haben bislang keine Einsicht erhalten.

7 Kleffner, Heike / Holzberger, Mark: War da was? Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten. <https://www.cilip.de/2004/02/29/war-da-was-reform-der-polizeilichen-erfassung-rechter-straftaten/> (26.02.2020).

Als anschauliches Negativbeispiel im Hinblick auf Erfassung der Straftaten im PMK-System fungieren die Morde der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Da die Ermittlungsbehörden die zahlreichen Anschläge der Terrorgruppe über Jahre hinweg falsch zuordneten und keine rechtsextreme Tatmotivation erkannt haben, wurden die Verbrechen nicht korrekt in der Statistik erfasst. Stattdessen wurden sie dem Bereich ›Organisierte Kriminalität‹ zugeordnet. Nach der Enttarnung des NSU, war es zeitlich nicht mehr möglich, die Einordnung zu korrigieren. Die Bundesregierung erfasste die Mordopfer des NSU zwar ab 2012 in ihrer Liste der Todesopfer rechter Gewalt, aber die Zuordnung im PMK-System ist weiterhin falsch.⁸

Amnesty International veröffentlichte 2016 einen Bericht, für den sie 48 zivilgesellschaftliche Organisationen interviewten. Ein Ergebnis war, dass fast alle der 48 Organisationen ernsthafte Bedenken zur Einstufung von rassistisch motivierten Straftaten durch die Polizei hatten. Die Beratungsstelle für Opfer rassistischer Gewalt bemängelte im Gespräch mit Amnesty International besonders zwei Punkte, nämlich mangelnde Sorgfalt seitens der Beamt*innen und eine oftmals falsche Einstufung rassistisch motivierter Straftaten als gewöhnliche Straftatdelikte.⁹ Die meisten zivilgesellschaftlichen Verbände, mit denen Amnesty International sprach, erklärten, dass politisch motivierte Kriminalität in quasi allen offiziellen Statistiken unterschätzt wird. Als mögliche Gründe nannten sie u.a. die mangelnde Kompetenz der Polizei, rassistische Straftaten anhand eines recht komplexen Prozederes wie dem PMK-System richtig zu erfassen und zu untersuchen. Zusätzlich wird eine mangelnde Sensibilität für Diskriminierung bei den Behörden benannt. Des Weiteren wird bei der Erfassungspraxis durch das PMK-System die Opferperspektive vernachlässigt. Die Hintergründe und Beobachtungen, die durch Angehörige und Zeug*innen gemacht werden und die letztlich für eine abschließende Gesamtbewertung notwendig sind, werden nicht berücksichtigt. So vergeht oftmals ein langer Zeitraum, bis eine ausreichende Bewertung und Einschätzung der Tat möglich ist.

Als letzten, aber nicht unwesentlichen Kritikpunkt am staatlichen Meldesystem, muss die nicht ausreichende Kategorisierung und Bewertung aller Tatmotive aufgeführt werden. Denn die Eingangserfassung betrachtet nur Fälle, bei denen die rechte Motivation Auslöser der Tat war.¹⁰ Eine auf den ersten Blick unauffällige Gewalttat, bei der aber eine stark tatbegleitende und eskalierende Motivation durch ein rechtsextremes Menschenbild zugrunde liegt, wird meist nicht in der PMK-Statistik berücksichtigt. Eine Gewalttat, bei dem ein rechter Täter beispielsweise einen Diebstahl begeht und sich dann für diese Tat bewusst einen Schwarzen Menschen als Opfer herausgesucht hat, weil dieser in den Augen des Täters ›ein unwertes Dasein‹ führt, wäre solch ein Beispiel.

Es ist festzustellen, dass die behördliche Zählung, welche zum Teil auf veralteten und fehlerbehafteten Bewertungssystemen beruht, kein objektiver oder gar wissenschaftlicher Maßstab ist. Dies gilt im Übrigen nicht nur für die Opferzahlen, sondern prinzipiell auch für die

⁸ Zeit online: Gewalttaten des NSU gelten offiziell nicht als politisch motiviert. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/bundesinnenministerium-nsu-morde-politisch-motiviert-statistik> (26.02.2020).

⁹ Amnesty International: Leben in Unsicherheit. Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt. London, 2016, S. 29.

¹⁰ Amadeu Antonio Stiftung: Todesopfer rechter Gewalt seit 1990. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/> (26.02.2020).

Zählung der rechtsmotivierten Straf- und Gewalttaten, da hier ebenfalls das PMK-System verwendet wird. Trotzdem wird im Buch, auch mangels Alternativen, gelegentlich auf diese offiziellen Daten zurückgegriffen. Für den Hauptteil des Buches, die Dokumentation und Auflistung der einzelnen Todesopfer, wurden hingegen alle verfügbaren Quellen herangezogen. Neben Veröffentlichungen aus regionalen Medien müssen diesbezüglich als Quellen vor allem antifaschistische Gruppen und Strukturen genannt werden sowie Recherchen der Opferberatungsstellen. Besonderer Dank gebührt auch der Recherchegruppe um Frank Jansen, Heike Kleffner, Johannes Radke und Toralf Staud. Die Journalist*innen haben für ein Gemeinschaftsprojekt von Tagesspiegel und Zeit Online die Namen der Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 zusammengetragen und kategorisiert.¹¹

¹¹ Jansen, Frank et al.: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung <https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html> (26.02.2020).